

## **Für Bildungsgerechtigkeit und eine inklusive Schule**

Die Bildungsmobilität ist laut OECD in Deutschland so gering wie in kaum einem anderen Land. Die Diagnose, dass in Deutschland soziale Ungleichheit durch das bestehende Bildungssystem festgeschrieben wird, hat 2001 den sogenannten „PISA-Schock“ ausgelöst. Es folgten Handlungskataloge der Kultusministerkonferenz und tiefgreifende Bildungsreformen (Einführung von Ganztagschulen, Auflösung der Hauptschulen und Einführung der integrierten Sekundarschulen, Aufbau von kommunalen Bildungsverbänden etc.)

Worin bestand der Schock, den die PISA-Studie ausgelöst hat? Wir mussten einsehen, dass Schulerfolg hierzulande viel weniger von Fleiß und Intelligenz der Lernenden abhängt als von einer hochselektiven Institution. Er ist abhängig von einer Institution, die ungerecht ist: Leistung wird gefordert, aber nicht gewürdigt (siehe Studie der SVR 2014 zur anonymisierten Bewerbung), die Voraussetzungen zum Erbringen der geforderten Leistung werden verweigert (strukturell, nicht von den individuellen Lehrer\*innen).

Für die Integrationspolitik bedeutet das: Wenn Bildung der beste Weg zur Integration sein soll, dann ist dieser in Deutschland blockiert. Der öffentlichen Diskurs, in dem schulischer Misserfolg kulturalisiert wird („bildungsferne Familien“, „die kennen es nicht anders“ ...), verletzt und stempelt die ab, die in unserem Schulsystem zu kurz kommen. Er dient der Verteidigung von Strukturen, die durch die internationalen Studien in die Kritik gekommen sind. Dass in letzter Zeit immer mehr die soziale Herkunft in den Vordergrund rückt, ist eine Korrektur, die wir begrüßen.

Wir haben als Grüne in den letzten Jahren eine Vielzahl guter Analysen und Forderungen formuliert, die jedoch weiterentwickelt werden müssen.

Vertreterinnen der zweiten und dritten Zuwanderungs-Generation beklagen scharf und selbstbewusst Diskriminierung in Schule, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Sie fordern, dass Bildung allen zugänglich gemacht wird und dann auch tatsächlich zum Aufstieg führen kann. Ein viel zu großer Teil gibt aber auch auf. Dem müssen wir uns als Grüne stellen.

### **1. Mehr in Bildung investieren**

Der OECD-Bildungsbericht konstatiert, dass die Ausgaben für Bildung in Deutschland mit 5,1 Prozent des BIP deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Um bei den Bildungsausgaben den OECD-Durchschnitt zu erreichen, müssen in Deutschland jährlich 23,5 Milliarden dauerhaft zusätzlich ausgegeben werden.

### **2. Inklusion**

Zur UN-Konvention zur Inklusion haben sich neben Deutschland mehr als 150 Staaten verpflichtet. Die UNESCO hat inklusive Bildung als zentrales Anliegen für den Bildungsbereich erhoben und fordert, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen. Dabei sollen behinderte und nicht behinderte Schüler gemeinsam lernen und die Förderung und Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Auch diese wichtige und von allen gewünschte Bildungsreform droht zu scheitern. Bei steigenden Schülerzahlen und bevorstehendem Ausbau werden Stellen gekürzt, unzureichend Mittel zur Verfügung gestellt und Förderstunden für Schüler\*innen reduziert. In Inklusionsklassen sind kleine Klassen, ein Dreierteam aus Klassenlehrer\*in, Sonderpädagogin und Sozialpädagogin erforderlich.

Mit der Inklusion sind nicht nur weitere lern- oder sprachbehinderte Kinder an die Schule gekommen, sondern auch viele Schüler, die emotionale und soziale Probleme haben. Auch sie müssen mit differenziertem Unterrichtsmaterial und Lernmethoden gut gefördert werden. Für eine erfolgreiche Inklusion wäre eine Zweitbesetzung mit pädagogischem Personal unabdingbar.

### **3. Schulerfolg für alle sichern - Schulen bei der Förderung ihrer Schüler unterstützen**

Alle Kinder und Jugendlichen sollen in der Schule die Förderung erhalten, um gute Schulabschlüsse zu erreichen. Förderunterricht, Kleingruppen, Absenkung von Klassenfrequenzen, Unterstützung durch „Schulhelfer“, Schulsozialarbeit, etc. muss für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Dazu muss eine Personalreserve an den Schulen vorhanden sein, ein Budget für die Zusammenarbeit mit Trägern zur Verfügung gestellt werden und für die Bezirke die Unterauslastung von Räumen in der KLR ohne Budgetverluste ermöglicht werden.

### **4. Früheinschulung**

Jedes Kind ist ein Individuum. Deshalb haben Kinder einen unterschiedlichen Entwicklungsstand. Manche können durchaus mit 5 ½ Jahr eingeschult werden, andere Kinder benötigen einen längeren Vorlauf für die Schulreife. Kindergarten und Schule können die Eltern bezüglich der Früheinschulung beraten. Die Entscheidung über eine Früheinschulung sollte letztlich bei den Eltern verbleiben.

### **5. Jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL)**

In der veränderten Schuleingangsphase sollten jüngere von älteren Schülern lernen, langsamere von schnelleren mitgezogen werden, jeder nach seinem Lerntempo lernen möglichst ohne Frontalunterricht von Lehrern die in Teams unterrichten. Diese bahnbrechende Bildungsreform droht zu scheitern. Mehr als ein Drittel der Schulen haben JüL wieder aufgegeben. Ursache ist die mangelhafte Unterstützung der Schulen. Zur Unterstützung des Lernens in heterogenen Gruppen wäre eine umfassende Fortbildung, zwei Pädagogen\*innen in der Lerngruppe erforderlich sowie eine sonderpädagogische Förderung in Lerngruppen an Brennpunktschulen.

### **6. Abschulung in den Gymnasien**

Trotz der neuen Schulstruktur haben Gymnasien noch immer das Recht, sich von Schüler/innen zum Probejahr zu trennen, die sie für den Besuch eines Gymnasiums für ungeeignet halten und können sie auf die integrierten Sekundarschulen aussondern. Eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Schulformen ist erst dann gegeben, wenn generell auf leistungsbezogene Auslese verzichtet wird.

### **7. Jugendliche ohne Bildungs- und Berufsabschluss**

Jede\*r elfte Jugendliche in Berlin verlässt die Schule ohne einen Schulabschluss. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt brechen überdurchschnittlich viele Schüler\*innen ihre Schullaufbahn ab. Beim Übergang von der Schule in den Beruf gehen in Berlin etwa 15.000 Jugendliche verloren. Nach wie vor sind die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße von sozialer Herkunft und Wohnort abhängig. Es muss eine Ausbildungsgarantie für alle gegeben und allen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem erhalten, muss eine qualifizierte Ausbildung an den Berufsschulen angeboten werden. Die zu bildende Jugendberufsagentur hat die Aufgabe zu

gewährleisten, dass alle Jugendlichen die passende Unterstützung und die passenden Angebote erhalten.

## **8. Flüchtlinge und Neuzugezogene ohne Deutschkenntnisse sofort in die Regelschulen integrieren**

Da zu erwarten ist, dass die Kinder und Jugendlichen für lange Zeit in Berlin bleiben werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass sie eine gute Bildung erhalten. Dazu müssen sie so schnell wie möglich in die Schulen ihrer Umgebung integriert werden. Vorbereitungsgruppen („Willkommensklassen“) sind deshalb in den Schulen anzusiedeln, die die Kinder und Jugendlichen danach weiter besuchen werden und so zu organisieren, dass möglichst frühzeitig gemeinsame Aktivitäten mit den Mitschülern der Regelklassen (Sport, Musik, Mahlzeiten, Pausen,..) stattfinden. Beschulung in „Sondereinrichtungen“ wird abgelehnt. Entsprechende Kapazitäten sind frühzeitig in die Schulentwicklungsplanung aufzunehmen.

## **9. Interkulturelle Kompetenz**

Im Klassenzimmer treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufeinander. Deshalb ist es notwendig, dass pädagogisches Personal sowohl in Ausbildung als auch in der Weiterbildung interkulturelle Kompetenzen erwirbt. Dabei geht es darum, Respekt und Verständnis für die eigene und für fremde Kulturen zu entwickeln sowie Kulturalisierungen und Ethnisierungen von Problemen zu durchschauen.

Wir brauchen außerdem ein Beschwerdemanagement an den Schulen, das es Schüler\*innen und Eltern möglich macht, Diskriminierung zu thematisieren ohne Angst vor schlechten Noten und schlechter Behandlung. interkult

## **10. Entlastung für die Lehrer/innen**

Jede dritte Lehrperson ist Burn-out-gefährdet, jede fünfte ständig überfordert oder depressiv. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl sollte wieder zurückgenommen werden. Einige Jahre wurden diese Stunden auf ein Arbeitszeitkonto eingezahlt, dann wurde das Arbeitszeitkonto abgeschafft, die erhöhte Pflichtstundenzahl blieb jedoch.

## **11. Freie Schulen in privater Trägerschaft**

Freie Schulen können durch ihre Pädagogik die Bildungslandschaft befruchten, wenn sie pädagogisch innovativ, inklusiv und allen Schüler\*innen die gleichen Chancen bieten. Bisher sind an diesen Schulen allerdings vor allem Kinder aus bildungsnahen Gesellschaftsschichten vertreten. An diese Schulen sollten die gleichen Qualitätskriterien angelegt werden wie an das öffentliche Schulwesen. Deshalb sollte auch an den freien Schulen eine Schulinspektion erfolgen. Besonderes Augenmerk sollte darauf gerichtet werden, ob auch für Kinder mit Lehrmittelbefreiung in der Schule Chancengleichheit besteht. Kann eine Schule diesen Qualitätskriterien gerecht werden, sollte sie auch in ihrer finanziellen und personellen Ausstattung den öffentlichen Schulen gleichgestellt werden

Klemens Griesehop, Gabriele Vonnekold, Mahi Christians-Roshanai, Susanna Kahlefeld